GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke
Nordische Grüne Linke
www.guengl.eu

Mensch Umwelt Tier

Sonderausgabe der Tierschutzpartei im Europaparlament

Impressum

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Martin Buschmann
Europäisches Parlament
Fraktion GUE/NGL –
Delegation der
PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ
ASP 04G340
60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
martin.buschmann@europarl.europa.eu
Telefon: +32 2 28 45202

Erstellung/Redaktion:
Robert Gabel
robert-gabel@tierschutzpartei.de
Telefon: +49 179 5291338
weitere Autoren: Nele Sophie Wilmking, Patricia Kopietz und namentlich genannte

Auflage: 2.000

Rechtliches: Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Texte, Fotos, Dateien etc. Wir behalten uns vor, Leserbriefe und Artikel gekürzt zu veröffentlichen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder der Partei wieder. Die Redaktion haftet nicht für eventuell unrichtige Informationen und andere Inhalte von namentlich gekennzeichneten Beiträgen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Alle verwendeten Fotos und Illustrationen stammen von den jeweiligen Artikel-Autoren, dem Redaktionsteam, der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament, der Tierschutzpartei, von Wikipedia oder von pixabay.

Inhaltsverzeichnis

Editorial & Grußwort 3
Mein Start als EU-Abgeordneter in Brüssel 4
Petition zum Streunerschutz 5
Unsere Parlamentsgruppe 6
Analyse zur Europawahl 8
Ökozid unter Strafe stellen! 10
Vogelmord in der Lombardei 11
Subventionen für Stierkampf 11
Schlagkräftige Lobby für die Tiere 12
Patenrecht auf Pflanzen und Tiere aufheben! 12
Neue Tierschutzpartei in Irland gegründet 13
Jugendorganisation gegründet 13
EU-Agrarpolitik am Scheideweg 14
Europäischer Erfolg bei Tiertransporten 15

Island will wieder Wale jagen 18
Massentierhaltung - Klimakiller Nummer 1 19
Regenwald: Klima- und Artenschützer 20
Naturschutz ist kein Luxus. 22
Jugend: Umwelt- und Tierschutz 23
Make the World Greta again! 24
Verbraucher schützen statt Konzerne 25
Gegen den Einsatz von Kindersoldaten 26
"Höher-Schneller-Weiter" 27
Tierschutzpartei erklärt Klimanotstand 28
Klimaleugnern Paroli bieten 29
Das Schmelzen des Ewigen Eises 30
Wenn die Insekten sterben 31

Der Druck erfolgte auf 100 % Recycling-Papier.

Martin Buschmann
Mitglied des Europäischen Parlaments, GUE/NGL

Nach der aufreibenden Zeit des Wahlkampfs ging es sofort los mit der Parlamentsarbeit. Zunächst musste festgelegt werden, wer in welchen Ausschüssen tätig sein wird. Ich bewarb mich für den Landwirtschaftsausschuss wegen der zu beseitigenden Massentierhaltung und dem notwendigen Agrarwandel, den Wissenschaftsausschuss wegen der unsäglichen Tierversuche und den Petitionsausschuss wegen der direkten Demokratie, die ich fördern will. Dank der großartigen Unterstützung meiner Fraktion klappte es mit den beiden Ausschüssen für Landwirtschaft (AGRI) und Petitionen (PETI) – und zwar in beiden als ordentliches Mitglied!

Normalerweise ist man als Abgeordneter nur in einem Ausschuss ordentliches Mitglied. Dieser Vertrauensvorschuss meiner Fraktion verpflichtet mich zu Dank und natürlich unermüdlichem Engagement die kommenden fünf Jahre. Zudem bin ich in den Delegationen für Korea und Südostasien, einer Region, mit der mich familiär vieles verbindet.

Ganz besonders freue ich mich über die Zusammensetzung der Intergroup for Animal Welfare. So viele Abgeordnete wollen sich für echten Tierschutz einsetzen wie nie zuvor! Mit meiner Kollegin Anja Hazekamp von der niederländischen Tierschutzpartei ist nun auch eine ausgewiesene Tierrechtlerin Präsidentin der Intergroup. Francisco Guerreiro von der portugiesischen Tierschutzpartei und ich sind zudem Vizepräsidenten! Ich freue mich auf die 19. Legislatur des Europaparlaments und darauf, die EU tierfreundlicher, umweltbewusster und gerechter machen zu können!

Robert Gabel
Redaktionsleitung, Bundesvorsitzender

In diesem Jahr überschlugen sich die Ereignisse und Rekorderfolge für unsere Partei! Nach 26 Jahre langem Einsatz für Tierschutz, Tierrechte, Artenschutz, Umwelt- und Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Menschenrechte haben wir erstmalig breitflächig an Kommunalwahlen teilgenommen und mehr als 542.000 WählerInnen machten ihr Kreuz zur Europawahl bei der Partei Mensch Umwelt Tierschutz. Bis zu 5 % erzielten wir in einigen Städten und zur Landtagswahl in Brandenburg wählten uns dann im September 2,6 %, so viel wie nie zuvor auf Landesebene.

Viele von uns schauten am Abend des 26. Mai auf die eintreffenden Zahlen und hofften, dass es bei zwei Mandaten für das EU-Parlament bleibt. Am Ende aber fehlten dann doch über 19.000 Stimmen für den zweiten Sitz.

Was bedeutet das für den Tierschutz – fragten wir uns alle in den folgenden Tagen und Wochen. Wird es jemals eine Änderung der Politik hin zu mehr Mitgefühl geben? Alle Hoffnungen lagen ja schließlich auf der EU, da hier die verbindlichen Rahmen und Vorgaben der nationalen Gesetze gemacht und die internationalen Handelsabkommen beschlossen werden. Ohne die EU geht es nicht voran, weder in unserem Land noch global.

Wir werden aus der Not aber eine Tugend machen. Wir werden als EU-Team in Brüssel und Straßburg (Martin Buschmann, Robert Gabel, Patricia Kopietz, Anne Labinski, Valentina Skafar, Nele Sophie Wilmking) unsere Anstrengungen maximieren, Überstunden und Extraschichten machen und unsere Kräfte so fokussiert bündeln, dass wir mehr erreichen als Abgeordnete mit ihren Mitarbeitern der anderen Parteien!

Wir planen, diese EU-Sonderausgabe regulär erscheinen zu lassen. Lasst uns wissen, welche Themen euch besonders wichtig sind!

Martin Buschmann: Mein Start als EU-Abgeordneter in Brüssel

Am 5. Juli fand mein erster offizieller Tag als EU-Abgeordneter in Brüssel statt.

Auf dem Programm für die ersten Tage im Herzen Europas standen Treffen mit der Abgeordneten der niederländischen Tierschutzpartei, Anja Hazekamp, Gespräche mit der Fraktion GUE/NGL und mit einem Vertreter vom NABU. Zuerst registrierte ich mich offiziell als MEP – das ist im Europaparlament ein aufwendiges Unterfangen!

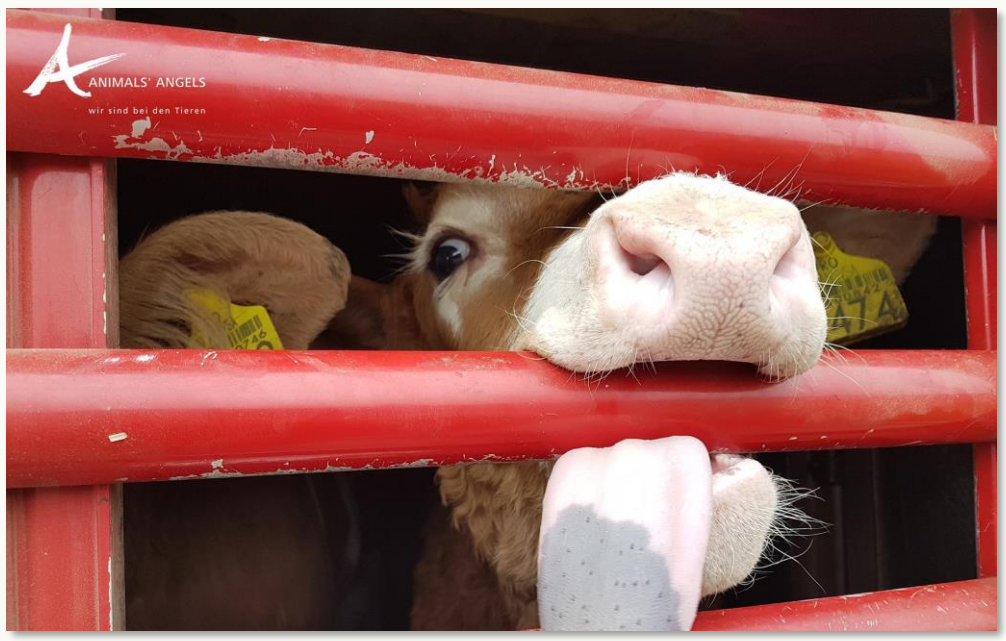
Ich hatte in Brüssel viele vertraute, liebe Personen wiedersehen, neue Menschen kennenlernen und zahlreiche Informationen erhalten.

Gleich in den ersten Tagen nahm ich an einer Podiumsdiskussion der NGO „Eurogroup for Animals“ teil, um mich und die Ziele unserer Partei einem größeren interessiertem Publikum vorzustellen. Die Resonanz war sehr positiv und nun bin ich gespannt auf die Zeit in Brüssel und freue mich auf neue Herausforderungen – denn alle unsere programmatischen Ziele möchte ich auch angehen und möglichst viel davon umsetzen lassen von Parlament, Kommission, den Mitgliedsstaaten und dem Gerichtshof!

Vielen Dank an dieser Stelle nochmals an alle Wähler, die der Partei MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ Ihre Stimme geschenkt haben. Ich werde mich in der Zeit als MEP konsequent für Menschen- und Tierrechte und für Umweltschutz einsetzen!

Als erste Initiative im Europaparlament habe ich mich für Unterstützung zur Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zu Tiertransporten eingesetzt. 188 Abgeordnete müssen überzeugt werden, diese Initiative zu unterzeichnen. Hier ist der gesamte Initiativtext zu lesen:

https://www.tierschutzpartei.de/mep-martin-buschmann-erste-initiative-im-europaparlament-zum-thema-tiertransporte/



Übergabe in Brüssel: Petition zum Streuner-Schutz

Im März übergab unser EU-Abgeordnete Martin Buschmann, der damals noch Europawahl-Kandidat war, seiner niederländischen Kollegin Anja Hazekamp über 103.000 Unterschriften und knapp über tausend Postkarten im EU-Parlament in Brüssel.

Unsere dringlichsten Forderungen an die Europäische Union sind:

- Straßentierkonzepte, die Tötungen ausschließen
- Finanzierung von Kastrationsprojekten
- Unterstützung von Tierheimen und Förderung von Adoptionen
- Kontrollen über die zweckgebundene Verwendung finanzieller Mittel zur tiergerechten und nachhaltigen Eindämmung der Streunerpopulation in den europäischen Mitgliedsstaaten

Die drei am 26. Mai gewählten Abgeordneten der Partij voor de Dieren, der portugiesischen PAN und der Tierschutzpartei werden sich in der jetzigen Legislaturperiode für die Umsetzung auf europäischer Ebene einsetzen.

Unsere Parlamentsgruppe

Wie alle Parlamente ist auch die gewählte Volksvertretung der Europäischen Union in Fraktionen aufgeteilt. Nur mit dem Unterschied, dass sie hier nicht aus jeweils einer Partei wie im Bundestag oder Landtag bestehen oder aus wenigen Parteien und Wählergruppen wie in den Gemeindevertretungen, sondern aus vielen Parteien der EU-Mitgliedsländern.

Nach der Wahl von 2014 bildeten sich acht Fraktionen: Christdemokraten/Konservative (EPP), Sozialdemokraten (S&D), europakritische Konservative (ECR), Liberaldemokraten (ALDE), Linke (GUE/NGL), Grüne/Regionalisten (Greens/EFA), Europagegner (EFDD) und Nationalisten (ENF). Die Abgeordneten der niederländischen und der deutschen Tierschutzpartei schlossen sich den Linken an, da es hier keinerlei Fraktionszwang gibt und Einvernehmen in tierschutzpolitischen Belangen herrschte. Bei den Grünen sah beides anders aus. Die linke Fraktion (die Abkürzung steht für "Gauche unitaire européenne/Nordic Green Left", eine Umbenennung wird derzeit geplant) wiederum versteht sich als konföderal, also als Zusammenschluss verschiedener Parteienbündnisse. Eines davon ist die Nordische Grüne Allianz, der sich die beiden Tierschutz-Abgeordneten anschlossen.

Nach der Wahl 2019 gab es dann einige Änderungen. Zunächst löste sich die Fraktion der Europagegner (EFDD) auf und ihre zuvorigen Mitglieder wurden zumeist fraktionslos, während die Nationalisten (ENF) eine neue nun doppelt so starke Fraktion namens ID gründeten. Aber auch auf der linken Seite des Parlaments tat sich was. Die konföderale Gruppe GUE/NGL erweiterte sich um das Parteienbündnis „Now the people!" und die europäischen Tierschutzparteien nannten ihre europäische Partei "Euro Animal 7" in "Animal Politics EU" um, die nun insgesamt 11 Parteien umfasst. Wie bereits zuvor schlossen sich Anja Hazekamp von der Partij voor de Dieren und Martin Buschmann von der Partei Mensch Umwelt Tierschutz der Fraktion GUE/NGL wieder an und innerhalb dieser dem Parteienbündnis der Nordischen Grünen Linken.

Die NGL ist aus einer Allianz der linksgrünen Parteien (NGLA) aus Finnland, Schweden, Dänemark, Norwegen, Färöer, Grönland und Island hervorgegangen. So nordisch ist die NGL im Europaparlament aber gar nicht, denn neben der irischen Sinn Féin ist auch die baskische EH Bildu aus Spanien mit dabei, während Vertreter aus den Ländern, die sich nicht der EU anschlossen, natürlich nicht dabei sind.

Das klingt kompliziert und wird noch komplizierter. Denn Francisco Guerreiro von der portugiesischen Tierschutzpartei (PAN) schloss sich der grünen Fraktion an, zu der wiederum eine der beiden dänischen Mitgliedsparteien der ursprünglichen NGLA zählt sowie regionalistische und separatistische Parteien (EFA). Wichtig ist aber nur eins: dass die drei Abgeordneten der "Animal Politics EU" ihre jeweiligen Parteienbündnisse und Fraktionen dazu bringen, stets für die Tiere, für unsere Umwelt und für soziale Gerechtigkeit zu stimmen. Bei der NGL klappte das bislang hervorragend, weshalb wir kurz alle Abgeordneten der NGL vorstellen möchten.

Anja Hazekamp,
Partij voor de Dieren,
Niederlande

Francisco Guerreiro,
Pessoas-Animais-Natureza,
Portugal

← Dies sind die acht EU-Abgeordneten der Parlamentsgruppe der Nordischen Grünen Linken, die in der 41-köpfigen GUE/NGL-Fraktion sind, sowie Francisco Guerreiro von der portugiesischen Tierschutzpartei, der sich der Fraktion Greens/EFA anschloss, aber auch in der „Animal Politics EU“ ist. Das Team von Martin Buschmann besteht aus insgesamt sieben Leuten.

Malin Björk,
Vänsterpartiet,
Schweden

Martin Buschmann,
Partei Mensch Umwelt
Tierschutz, Deutschland

Anne Labinski,
APA Brüssel

Dominik Zganec,
PA GUE/NGL

Matt Carthy &
Martina Anderson
Sinn Féin, Irland & Nordirland

Nikolaj Villumsen,
Enhedslisten –
De Rød-Grønne, Dänemark

Nele Sophie Wilmking,
LA Deutschland

Patricia Kopietz,
LA Deutschland

Robert Gabel,
APA Brüssel

Valentina Skafar,
APA Brüssel

Pernando Barrena Arza,
EH Bildu,
Spanien (Baskenland)

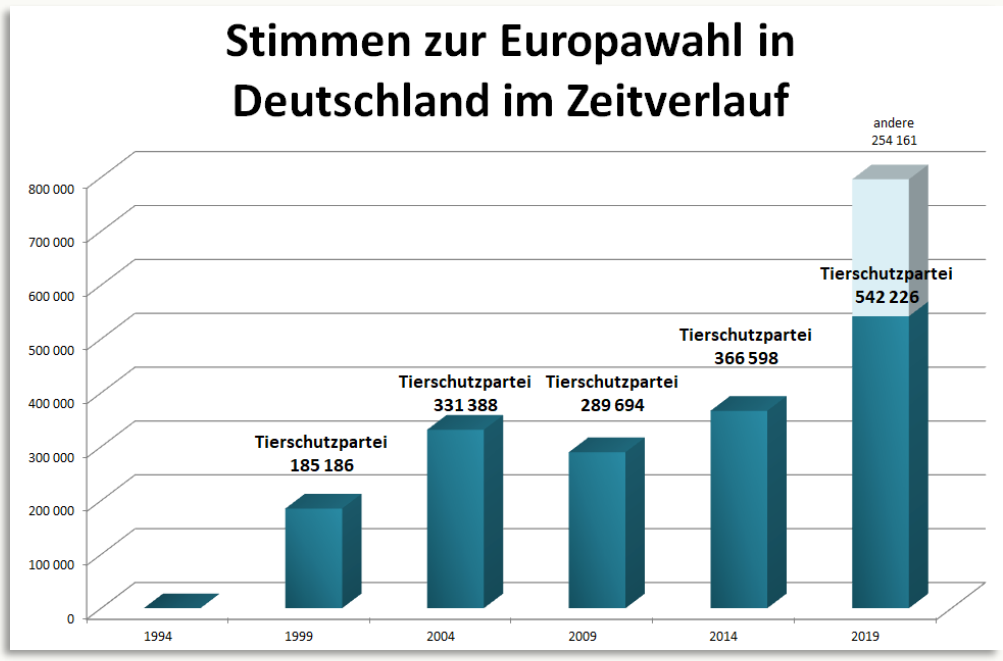
Silvia Modig,
Vänsterförbundet,
Finnland

↑ Die Akkreditierten Parlamentarischen Assistenten (APA) sind Angestellte des Parlaments und arbeiten für ihren Abgeordneten, insbesondere kümmern sie sich um die Arbeit in den Brüsseler Ausschüssen und um die Vorbereitung der Abstimmungen im Straßburger Parlament. Die lokalen Assistenten (LA) koordinieren vor allem die Öffentlichkeitsarbeit. Dominik Zganec ist als politischer Berater (PA) Mitarbeiter der Fraktion.

Analyse zur Europawahl

von Martin Gramer / Robert Gabel

Die 1993 gegründete Tierschutzpartei erreicht mit über 542.000 Stimmen und 1,45 % ihr bislang bestes bundesweites Ergebnis. Laut Statistik der Forschungsgruppe Wahlen erhielt die Tierschutzpartei unter den jüngeren Wähler-Innen (18 bis 29 Jahre) sogar 4 %. Bei den U18-Wahlen erzielte sie mehr als 5 %.



Zum zweiten Sitz, der laut den meisten Hochrechnungen am Wahlabend (zeitweise 1,7 Prozent) in greifbarer Nähe schien, fehlten rund 19.700 Stimmen. Die Hauptursache dafür liegt auf der Hand: Es traten zusätzlich drei (!) weitere Tierschutzparteien an, die zuvor von ehemaligen Tierschutzpartei-Mitgliedern gegründet wurden. Zusammen erzielten diese 0,7 Prozent und sind dafür mitverantwortlich, eine bessere Interessensvertretung zugunsten der Tiere verhindert zu haben! Die im Vorfeld oft geäußerte Befürchtung, dass alleine deren Wahlantritte der Tierschutzpartei wichtige Stimmen und somit einen zusätzlichen Sitz kosten, hat sich leider bewahrheitet.

Zudem spielten sie teilweise mit gezinkten Karten. „TIERSCHUTZ hier!“, gegründet 2017 von rechten Unruhestiftern aus Nordrhein-Westfalen im Vorfeld der letzten Bundestagswahl, warb mit dem Zusatz „DAS ORIGINAL“, was eine bewusste und leider auch wirksame Wählertäuschung darstellte. Die „Partei für die Tiere“, der die früheren Bundesvorstands-mitglieder Carsten Molitor und Caroline Eckhoff angehören, und die den Namen der niederländischen Tierschutzpartei „Partij voor de Dieren“ übersetzten, suggeriert per Facebook, in allen 16 Bundesländern mit Landesverbänden präsent zu sein. Tatsächlich existieren neben dem Bundesverband nur solche in Baden-Württemberg und Bayern. Bleibt noch die Tierschutzallianz, die 2013 von Ex-Mitgliedern aus Sachsen-Anhalt aus dem Umfeld des Ehepaares Fassl ins Leben gerufen wurde und von den vier Gruppierungen die wenigsten Stimmen erhielt.

Es bleibt zu hoffen, dass die Wähler dieser Parteien, und vielleicht eines Tages auch deren Mitglieder, einsehen, dass ein Neben- oder Gegeneinander auf die Dauer den gemeinsamen Zielen absolut nicht dienlich ist.

Europaweit traten insgesamt elf Tierschutzparteien an, von denen es drei mit jeweils einem Sitz schafften. Die spanische Tierschutzpartei PACMA scheiterte leider knapp.

Land	Partei	Europawahl 2014	Europawahl 2019
Belgien (Deutsche G.)	**DierAnimal**	–	1,49 %
Zypern	**Animal Party Cyprus**	0,9 %	0,79 %
Deutschland	**Partei Mensch Umwelt Tierschutz**	1,2 %, 1 Sitz	**1,45 %, 1 Sitz**
Finnland	**Suomen Eläinoikeuspuolue**	–	0,16 %
Frankreich	**Parti Animaliste**	–	2,16 %
Italien	**Partito Animalista Italiano**	–	0,60 %
Niederlande	**Partij voor de Dieren**	4,2 %, 1 Sitz	**4,02 %, 1 Sitz**
Portugal	**Pessoas – Animais – Natureza**	1,7 %	**5,46 %, 1 Sitz**
Schweden	**Djurens parti**	0,2 %	0,10 %
Spanien	**Partido Animalista Contra el Maltrato Animal**	1,1 %	1,31 %
Großbritannien (London)	**Animal Welfare Party**	1,0 %	1,13 %
		7 Parteien, 2 Sitze	**11 Parteien, 3 Sitze**

Das Ergebnis der Europawahl von 2019 zeichnet auch die künftige Entwicklung des Parteiensystems sehr anschaulich voraus: CDU und CSU sind zum ersten Mal bei einer bundesweiten Wahl unter die 30-%-Marke gerutscht und haben es ausschließlich den Senioren zu verdanken, dass sie noch stärkste Kraft geworden sind. Die GRÜNEN hingegen erreichten erstmals mehr als 20 % und somit Platz zwei, nicht zuletzt dank der Klimaschutzbewegung und womöglich des Youtubers Rezo. Die SPD rutscht erstmals seit der Weimarer Republik bundesweit unter 20 % und muss um ihren Status als Volkspartei immer mehr bangen.

Die AfD legt von sieben auf elf Prozent zu und damit nicht in dem Maße wie befürchtet. DIE LINKE liegt leicht vor der FDP und beide bleiben hinter ihren früheren Ergebnissen zurück.

Unter den nicht im Bundestag vertretenen Parteien erreichten die FREIEN WÄHLER und die Satiretruppe „Die PARTEI“ jeweils zwei Sitze. Zu den Parteien, die einen Sitz erreichten, gehören neben der Tierschutzpartei auch die ÖDP – und somit eine weitere Umweltpartei. Einen Sitz hat jeweils die konservative „Familienpartei“, die linksliberal-paneuropäisch ausgerichtete „Volt“-Partei sowie die Piratenpartei. Letztere können somit dem Fall in die Bedeutungslosigkeit knapp entrinnen. Vier der neun Sitze der kleineren Parteien schlossen sich der grünen Europafraktion an, die Tierschutzpartei entschied sich für die GUE/NGL-Fraktion.

Großer Verlierer unter den Sonstigen ist die NPD, die vor fünf Jahren noch einen Abgeordneten in das EU-Parlament entsendete, diesmal jedoch nicht die notwendige Stimmenzahl für einen Sitz erreichte, was mit dem Rechtsruck der AfD zu erklären ist.

Künftig werden die Themen der jüngeren WählerInnen immer wichtiger werden und Parteien, die sich glaubhaft für Umwelt-, Klima-, Arten- und Tierschutz einsetzen, stetig mehr Stimmen erhalten. Zur nächsten Europawahl könnten – je nachdem, ob und wie eine grüne Regierung im Bund agiert – die Grünen stärkste Partei werden und die Tierschutzpartei als ihr notwendiges ethisches Korrektiv mit deutlich größerem Anteil wieder in das EU-Parlament einziehen. Die Erst- und JungwählerInnen, die F4F-Generation, geben den Trend vor und zeigen mittelfristig auch Richtung Bundestag!

Ökozid unter Strafe stellen!

Seit Tagen wüten im brasilianischen Regenwald so viele Feuer wir noch niemals zuvor. Sie entstehen nicht auf natürliche Weise, sondern wurden fast alle vom Menschen verursacht, teils durch gezielte Brandstiftung. Diese verbrecherische Brandrodung wird seit Jahren betrieben und immer schlimmer. Sie vernichtet wertvolle Tier- und Pflanzenarten sowie den Lebensraum indigener Völker.

Das Ökosystem kann sich von diesen Eingriffen kaum mehr erholen. Noch mehr Sorge machen die Auswirkungen dieser Umweltzerstörung auf das Weltklima. Mehr als 20 % des CO2-Ausstoßes werden durch den Regenwald gebunden. Ohne unsere „grüne Lunge“ werden wir ersticken, der Klimawandel würde sich endgültig verselbst-ständigen. Die „erhebliche Beschädigung, Zerstörung oder der Verlust von Ökosystemen“ hat einen Namen: Ökozid. Wie Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder das Verbrechen der Aggression war der Ökozid von den Vereinten Nationen als Völkerrechtsverbrechen definiert worden. Doch die USA, England, Frankreich und die Niederlande bestanden darauf, Ökozid aus der Liste der Völkerrechtsverbrechen zu streichen.

Die Konsequenzen waren katastrophal. Umweltsünden werden aktuell lediglich mit Bußgeldern bestraft. Diese riskieren die Konzerne gerne, denn ihr Raubbau bringt ihnen ein Vielfaches ein. Das muss ein Ende haben. Begeht ein Unternehmen Ökozid, müssen seine Manager zur Verantwortung gezogen und Freiheitsstrafen verhängt werden.

Auf den Satellitenbildern sind die endlosen Rauchschwaden deutlich sichtbar. Der Regenwald am Amazonas steht in Flammen. Über 120.000 Brände wurden dieses Jahr schon gezählt, aktuell wüten die Feuer so schlimm wie noch nie. Über São Paulo verdunkelt sich der Himmel. Vor allem seit Dienstag haben sich die Brände noch einmal deutlich ausgeweitet. Grund ist nicht nur die Trockenheit, sondern auch gezielte Brandstiftung.

Seit der wirtschaftshörige Rechtsextremist Bolsonaro in Brasilien im Präsidentenamt ist, haben Bergbau und Agrarindustrie freie Hand. Es wird vermutet, dass Rinderzüchter hinter den Bränden stecken. Sie wissen, dass sie keine Strafe zu fürchten haben und wollen nun vollendete Tatsachen schaffen. Je weniger Regenwald, desto mehr Platz für ihre Viehweiden. Und so haben sie zu einem „Tag des Feuers“ aufgerufen – unverhohlene Ermutigung zur Brandstiftung. Bolsonaro, der sich selbst „Captain Chainsaw“ nennt, lacht darüber nur und meint, es sei eben Waldbrand-Saison. Noch verrückter: er beschuldigt Umweltschützer, die Brände selbst gelegt zu haben!

Ein solcher mutwillige Umwelt- und Klimafrevel macht einfach fassungslos. Mit diesen Verbrechern macht die EU-Kommission gemeinsame Sache, wenn sie den Freihandelsvertrag mit den Mercosur-Staaten in Kraft treten lässt. Es wurde versprochen, man werde Druck ausüben, wenn Brasilien die Entwaldung nicht bekämpfen sollte. Die Kommission täte also gut daran, die aktuell laufende Festlegung von letzten Details des Assoziierungsabkommens jetzt abzubrechen und unmissverständlich dazu aufzufordern, die Brandrodung sofort einzustellen.

Vogelmord in der Lombardei

Eigentlich ist in der EU der Vogelfang seit 1979 komplett verboten. In Italien ist er seit 1992 zumindest eingeschränkt, aber seit 2014 – nicht zuletzt auf das Betreiben des Komitees gegen den Vogelmord und seiner italienischen Partnerverbände – verboten. Nun vollzieht die rechtspopulistische „Lega“, welche auch in Rom regiert, eine dramatische Kehrtwende, indem sie ihr Wahlversprechen an die unbelehrbare und abgehalfterte Jägerschaft einlöst und ab Herbst 2019 wieder den Vogelfang in einer unfassbaren Größenordnung erlaubt.

Insgesamt sind 12.700 Amseln, Rot-, Sing- und Wachholderdrosseln zur Jagd freigegeben. Angedacht ist das Ganze mit kilometerlangen Netzen auf insgesamt 24 Großfanganlagen. Die gefangenen Vögel sollen als Lockvögel zur eigentlichen Singvogeljagd dienen. Mit dieser Erlaubnis wird die europaweite Bemühung zum Vogelschutz mehr als nur untergraben. In Deutschland verzeichnen wir seit Jahren einen beängstigenden Rückgang dieser Arten. Das Komitee gegen den Vogelmord hat sich bereits an die EU-Kommission gewandt und bereitet eine umfangreiche Beschwerde vor.

Auch Martin Buschmann wird einen förmlichen Brief aufsetzen, diesen seiner Fraktion vorstellen und unterzeichnen lassen, um dann das Vertragsverletzungsverfahren zu eröffnen.

Nur die EU kann das große Vogelmorden noch stoppen – drückt uns die Daumen!

Subventionen für Tierqual

Das EU-Parlament beschloss bereits, Subventionen für die Aufzucht von Stieren, die in den Arenen gehetzt und brutal getötet werden, zu beenden. Doch auf nationaler Ebene gibt es große Gegenwehr, um die „Tradition“ bewahren zu können. Und sogar die EU-Kommission hat bislang nicht einmal versucht, den Parlamentsbeschluss umzusetzen! Die Ausreden sind beschämend: man könne nicht zurückverfolgen, ob das im Stierkampf eingesetzte Tier Subventionen erhielt bzw. ob die Kälber, die Subventionen erhalten, später in der Arena landen. Nun wird es mit Martin Buschmann einen erneuten Anlauf geben, diese Subventionen wirksam zu unterbinden.

Schlagkräftige Lobby für die Tiere

Am 19. September fand die erste Sitzung der „Intergroup on the Welfare & Conservation of Animals“ des EU-Parlaments statt. Die Intergroup ist ein Zusammenschluss von 53 Abgeordneten aller Fraktionen, die sich intensiv mit Tierschutz, Tierrechten und Artenschutz beschäftigen. Hier werden Initiativen mit dem Ziel geplant und maßgeblich koordiniert, die EU tierfreundlicher zu machen. Zahlreiche Gesetze konnten bereits erfolgreich verabschiedet werden, weil es bei der generellen Richtung für mehr Tierschutz oft parteiübergreifende Einigkeit gibt. Natürlich gibt es auch Unterschiede in der Form der Konsequenz und Tierschutz wird stark unterschiedlich interpretiert, aber jeder Schritt in die richtige Richtung kann bei insgesamt 751 Abgeordneten aus 28 Mitgliedsländern nur gegangen werden, wenn man geeint vorgeht.

Glücklicherweise wurde Anja Hazekamp von der niederländischen „Partij voor de Dieren“ zur Präsidentin der Intergroup gewählt, womit eine echte Tierrechtlerin ab sofort die oberste Repräsentantin aller an Tierschutz interessierten EU-Abgeordneten ist! An ihrer Seite fungieren u. a. Martin Buschmann von der „Partei Mensch Umwelt Tierschutz“ und Francisco Guerreiro von der portugiesischen „Pessoas-Animais-Natureza“ als Vizepräsidenten.

Die Sekretärin der Intergroup und Direktorin der NGO „Eurogroup for Animals“, Reineke Hameleers, hofft nun auf noch mehr Schlagkraft der Intergroup, denn leider vernachlässigte die EU-Kommission in den letzten Jahren den Tierschutz auf skandalöse Weise. Es gibt also viel zu tun für die Intergroup, denn nicht nur die Abgeordneten, sondern auch der Gerichtshof, die Mitgliedsstaaten und die Kommission müssen nachhaltig dazu gebracht werden, sich gegen jede Form von Tierquälerei, Artensterben und Tierausbeutung einzusetzen.

„Wir werden uns weiterhin gegen Tiertransporte einsetzen, den Stopp der EU-Subventionen für Stierkämpfe einfordern, das Vogel- und Insektensterben weiterhin auf die Agenda setzen, Massentierhaltung mit allen erdenklichen Mitteln bekämpfen und darauf pochen, dass die EU die Tierschutzstandards deutlich erhöht. Es darf auch nicht sein, dass die Mitgliedsstaaten keine höheren Standards einführen dürfen, weil die EU das Limit setzt. Das ist ein schreiendes Unrecht,“ so Martin Buschmann.

Patentrecht auf Pflanzen und Tiere?

Zur Patentierbarkeit von Pflanzen und essenziellen biologischen Verfahren, also auch Tieren, hat die Fraktion GUE/NGL einen Entschließungsantrag eingereicht, den Martin Buschmann federführend in die Wege geleitet hat. Darin wird die Kommission dazu aufgerufen, die Patentierbarkeit aufzuheben und Verbote zu stärken. Dass Pflanzen patentiert werden können, ist unter den Gesichtspunkten der Lebensmittelknappheit und Problemen wie Hunger und Klimawandel nicht vertretbar. Es muss gewährleistet sein, dass die Zucht von Pflanzen gefördert wird, um neue Nahrungsmittel zu kreieren. Die Lebensmittelsouveränität von regionalen Betrieben ist in Gefahr, wenn große Unternehmen Patente auf Pflanzen anmelden können! Es darf nicht zu einer Lebensmittelunsicherheit kommen!

Neue Tierschutzpartei in Irland gegründet

Eine neue Partei betritt die politische Arena: die irische Tierschutzpartei „Party for Animal Welfare (PAW)“. Sie wurde am 26. Februar in Dublin offiziell gegründet.

Wir möchten die irische Partei für Tierschutz als Teil einer schnell wachsenden globalen politischen Bewegung für Tierrechte und unseres Planeten begrüßen. Es gibt jetzt weltweit 20 Tierschutzparteien.

Jane Smith von unserer britischen Schwesterpartei „Animal Welfare Party“ in Großbritannien wird an der Pressekonferenz in Dublin teilnehmen und eine Rede halten.

Unser Leiter des Arbeitskreises für internationale Angelegenheiten, Martin Buschmann, hat eine Grußbotschaft per Video versendet, die allen Teilnehmern vorgeführt wurde. Darin beglückwünscht er alle Teilnehmer zu dieser Neugründung und hat eine Zusammenarbeit zwischen der Partei Mensch Umwelt Tierschutz und der „Party for Animal Welfare (PAW)“ in Irland zugesagt.

„Nachdem wir über Monate hinweg ausgeklügelt, formuliert und geschrieben haben, steht nun sowohl unsere Satzung als auch unsere Zielrichtung fest, welche am Abend bei der Gründungssitzung des 9. Februar verabschiedet wurde“, so Nele Sophie Wilmking, eine der drei Bundesvorsitzenden der neuen Jugendorganisation „GUTuN“ (Generation Umwelt, Tierschutz und Nachhaltigkeit).

Der Bundesvorsitz, welcher sich durch Joel Bent, Nele Sophie Wilmking und Eric Schiller zusammensetzt, wird durch den Schriftführer Dietrich Rink, die Schatzmeisterin Sharon Vichnev-Dobrin, den stellvertretenden Schatzmeister Evgueni Kivman und den Kassenprüfer Jan-Nico Wipper ergänzt. Somit startet der junge, aber sehr kompetente Vorstand – im EU-Wahljahr – um sich in Zusammenarbeit mit der Tierschutzpartei für eine Generation für Umwelt, Tierschutz und Nachhaltigkeit einzusetzen durch.

Aller Anfang ist schwer und aus diesem Grund ist GUTuN auf der Suche nach Sponsoren und Unterstützern, denn an tollen Ideen und Tatendrang mangelt es im Vorstand nicht.

EU-Agrarpolitik am Scheideweg: noch mehr Tierleid und Umweltzerstörung oder Beginn einer tierfreundlichen und nachhaltigen Landwirtschaft?

Am 12. September fand in Brüssel eine Podiumsdiskussion statt. Die Organisation „Slow Food Youth – Deutschland“ arrangierte in Kooperation mit MEP Martin Häusling von den Grünen ein Zusammentreffen von Abgeordneten, die über den agrarpolitischen Kurs der EU diskutierten. Teilnehmer der Diskussion waren Herr Häusling selbst, Delara Burkhardt von der SPD, Ulrike Müller von den Freien Wählern und ich selbst.

Es ging darum, sich über eine Leitlinie im Hinblick auf eine neue Agrarpolitik der EU auszutauschen. Ab 2020 soll die gemeinsame Agrarpolitik reformiert werden – das kündigte der EU-Kommissar für Landwirtschaft, Phil Hogan, im Jahr 2017 an.

Bei der Diskussion stellte ich klar, dass eine Landwirtschaft, wie sie heute existiert, mit dem Klima- und Umweltschutz nicht vereinbar ist. Auch dem Tierwohl werden wir ganz und gar nicht gerecht. Die Ressourcen werden nicht reichen, um den immens hohen Fleischkonsum, der nach Prognosen bis 2050 sogar noch um die Hälfte steigen wird, zu tragen. Wir müssen dringend einen Kurswechsel einleiten, der die bio-vegane Landwirtschaft fördert und weitere Alternativen vorantreibt.

Eine Umverteilung von Subventionen der EU ist meiner Meinung nach zwingend erforderlich, um den Bauern die Chance zu geben, von einer nachhaltigen und ethisch vertretbaren Landwirtschaft leben zu können. Zudem muss gewährleistet sein, dass die Bürger sich die Lebensmittel weiterhin leisten können.

Meine MEP-Kolleg*innen aus den anderen Fraktionen teilten meine Ansicht jedoch nicht. Von Frau Müller wird weiterhin an der konventionellen Landwirtschaft festgehalten, die sie selbst mit ihrer Familie ausübt! Herr Häusling setzt politisch wie privat auf Bio-Fleisch. Die Weidewirtschaft sei die Lösung für das gesundheitliche und ethische Dilemma, welches die Massentierhaltung mit sich bringt.

Ich sehe dabei das Problem, dass die Weltbevölkerung viel zu groß ist, um den Nahrungsbedarf mit Bio-Tierhaltung zu stillen. Vielmehr müssen wir auf pflanzliche Alternativen sowie „Clean Meat“ (Laborfleisch) setzen, die in Massen produziert werden und damit auch Länder wie China oder Indien versorgen zu können. Wir müssen anfangen, global zu denken und das Problem nicht nur im Kleinen zu betrachten!

Ich bedanke mich bei „Slow Food Youth – Deutschland“ für die Möglichkeit, meinen politischen Standpunkt in der Podiumsdiskussion darlegen zu dürfen! Gerne unterstütze ich eine tolle junge Initiative, die sich für ihre Umwelt, ihre Mitmenschen und damit auch für die Tiere einsetzt, indem sie ein sauberes Lebensmittelsystem fordert!

Europäischer Erfolg bei Tiertransporten

Das europäische „Komitee für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung“ legte eine Erklärung vor, die vom 11. bis 14. Februar vom EU-Parlament überprüft wurde. Es geht um die Durchsetzung der existierenden EU-Vorschriften zu Tiertransporten.

Das Komitee stellte fest, dass der gesetzlich geforderte Schutz von Tieren während des Transports in einigen Mitgliedsstaaten nur ungenügend umgesetzt wird.

Daher soll es nun härtere Strafen geben für Verstöße, vermehrte und strengere Prüfungen der Transporte und eine neue Tierwohl-Strategie. 2020 bis 2024 wird das Kommitee wissenschaftliche Studien durchführen, um die Richtlinien für Tiertransporte zu überarbeiten. Diese sollen auch im Handel mit Staaten außerhalb der EU angewendet werden.

Grundsätzlich wird empfohlen, die Transportzeit so kurz wie möglich zu halten. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz setzt sich schon seit langem für eine verbesserte Tiertransportverordnung ein. Hier muss auf EU-Ebene angesetzt werden.

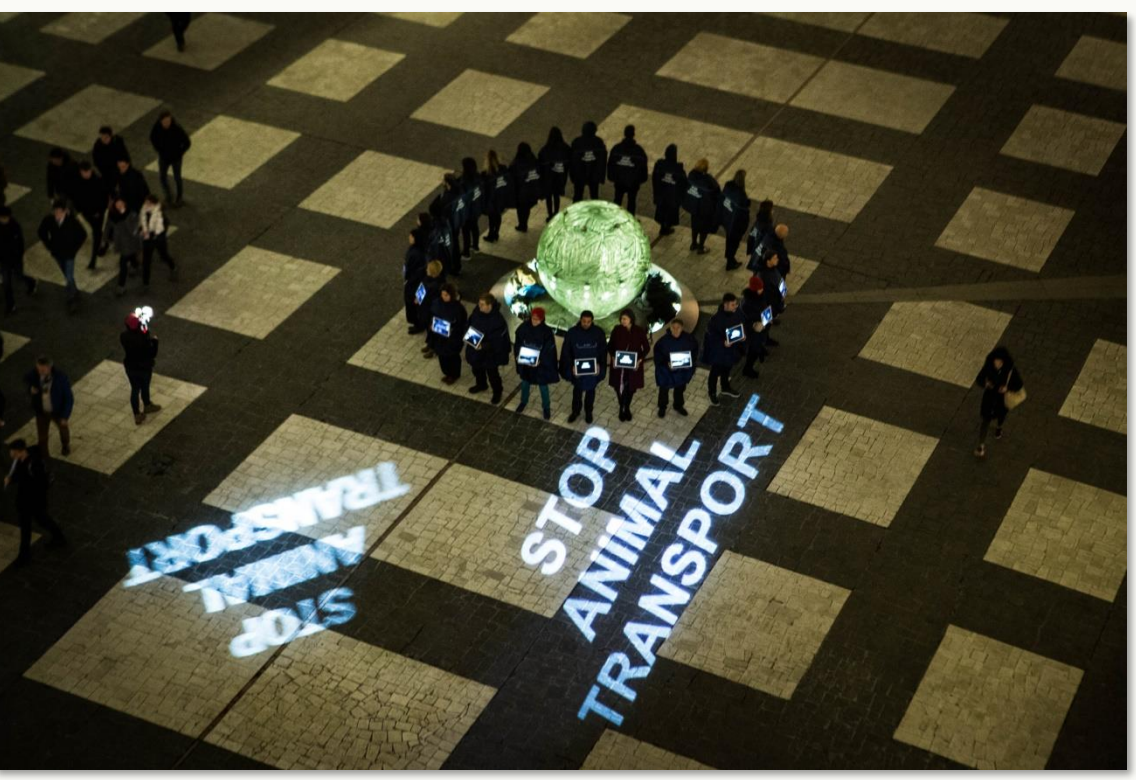
Martin Buschmann, mittlerweile EU-Abgeordneter zeigt sich zuversichtlich: „In Brüssel können entschlossene Politiker derzeit viel in Sachen Tierschutz bewirken. Ich werde mich dafür stark machen, dass gerade im Bereich Tiertransporte deutliche Verbesserungen kommen. Am besten wäre es natürlich, die Transporte ganz zu unterlassen.“

Der Transport lebender Tiere muss verkürzt werden, Tiere sollten nicht länger in Länder transportiert werden, welche die europäischen Tierschutzstandards nicht einhalten und Verstöße gegen die Tiertransportvorschriften der Europäischen Union (EU) müssen härter bestraft werden. Dies empfiehlt der Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments in einem Bericht, auf Initiative der niederländischen Tierschutzpartei.

Der so genannte Umsetzungsbericht des Landwirtschaftsausschusses zum Tiertransport besagt, dass der Transport mit lebenden Tieren – der jetzt Tage bis Wochen dauern kann – verkürzt werden muss.

Es muss auch viel besser geprüft werden, ob die EU-Vorschriften zum Schutz von Tieren beim Transport eingehalten werden. Transportunternehmen, die sich nicht an die Regeln halten, was zu ernsthaftem Tierleid führt, müssen härter und konsequenter bestraft werden; zum Beispiel durch Beschlagnahme von Fahrzeugen.

Außerdem dürfen Tiere nicht mehr in Länder außerhalb der EU transportiert werden, wenn die Einhaltung der Tierschutzvorschriften nicht gewährleistet ist.



Der Umsetzungsbericht erschien teilweise auf Initiative der Partei für die Tiere als Reaktion auf schwerwiegenden und strukturellen Missbrauch beim Tiertransport in und aus Europa. Partei für die Tiere Europaabgeordnete Anja Hazekamp hat die Empfehlungen des Landwirtschaftsausschusses mit verhandelt. „Bessere Kontrollen und strengere Strafen für falsche Tiertransporte sind dringend erforderlich, aber es ist jetzt von großer Bedeutung, dass Tiertransporte tatsächlich in der Praxis und nicht nur auf dem Papier angepackt werden."

Seit 2007 haben Tierschutzorganisationen der Europäischen Kommission zweihundert detaillierte Berichte vorgelegt. Sie zeigen auf, wie Tiere in überfüllte LKWs verladen werden, oft nicht stehen und bei extremen Temperaturen transportiert werden können. Die Berichte enthalten auch Hinweise auf den Transport kranker und verletzter Tiere, Missbrauch von Tieren und mangelnde Wasserversorgung.

„Diese Missbräuche verstoßen alle gegen die EU-Vorschriften, aber die Europäische Kommission hat niemals Maßnahmen ergriffen, um Tiere während des Transports besser zu schützen, eine große Schande", sagt Hazekamp.

Die Europaabgeordnete reiste letzten Sommer nach Kroatien und Slowenien, um dort Tiertransporte zu überprüfen. „Die Transporte, bei denen Tiere in Länder außerhalb der EU transportiert werden, sind am längsten und am schrecklichsten. Nach Tagen auf der Straße in Europa werden Tiere gewalttätig, oftmals unter extremer Hitze auf Schiffe umgeladen, Endziel weit außerhalb der EU. Einmal über die EU-Grenze wird überhaupt nicht mehr kontrolliert, wie es den Tieren geht, und niemand fühlt sich verantwortlich. Das ist nicht nur extrem grausam – es geht immerhin um lebende Wesen mit Gefühl und Bewusstsein –, sondern verstößt auch gegen eine Aussage des europäischen Hofs. Laut Hazekamp schreibt der Europäische Gerichtshof vor, dass Tiere während der gesamten Reise gemäß den europäischen Vorschriften geschützt werden müssen. Das kann nicht garantiert werden, Transporte in Länder außerhalb der EU müssen deshalb verboten werden.

Neben den Empfehlungen des Landwirtschaftsausschusses, die letzten Donnerstag genehmigt worden sind, hatte die niederländische Tierschutzpartei zusätzliche Vorschläge gemacht. „Beispielsweise den Transport von zwei Wochen alten Kälbern zu verbieten. Außerdem wollen wir die Anzahl der Tiertransporte drastisch reduzieren, ist dies nur mit weniger Nutztieren und mehr lokaler Produktion möglich. Der Landwirtschaftsausschuss war mit diesem Vorschlägen nicht einverstanden."

Am 14. Februar hatte das gesamte Europäische Parlament in Straßburg über die Empfehlungen des Landwirtschaftsausschusses abgestimmt.

Europäische Tiere dürfen nicht mehr in Länder außerhalb der EU transportiert werden, wenn nicht garantiert werden kann, dass sie dort gut behandelt werden. Dafür stimmte letzte Woche eine Mehrheit des Europäischen Parlaments (EP). Des Weiteren will das EP den Transport lebender Tiere – der heute noch Tage oder Wochen dauern darf – verkürzen lassen. Das Parlament spricht dabei von einer maximalen Transportdauer von 8 Stunden. Dazu soll strenger kontrolliert werden, ob allen EU-Regeln auch nachgekommen wird. Die Vorschläge des Parlaments, die unter anderem durch Initiative der Partei für die Tiere zustande gekommen sind, haben ihren Ursprung in den ernsthaften und strukturellen Missständen bei Tiertransporten in und aus Europa.

Die Europaparlamentarierin der niederländischen Tierschutzpartei, Anja Hazekamp, hat hart dafür gekämpft, dass Tiertransporte gestoppt werden und ist froh, dass sich das Europäische Parlament jetzt eindeutig für kürzere Tiertransporte und gegen Transporte von Tieren in weit entfernte Länder ausspricht.

Die Europa-Abgeordnete weist darauf hin, dass diese unkontrollierten Tiertransporte im Konflikt mit einer Aussage des EU-Gerichtshofs stehen. „Der Europäische Gerichtshof hat festgelegt, dass Tiere während ihrer gesamten Reise, nach Europäischem Recht, geschützt werden müssen. Das ist allerdings unmöglich zu garantieren. Ein Totalverbot von Tiertransporten in Länder außerhalb der EU ist darum von höchster Notwendigkeit."

Das Europäische Parlament will, dass Transporteure, die den Regeln nicht nachkommen, härter und konsequenter bestraft werden, zum Beispiel mit in Beschlagnahmen von Fahrzeugen. „Das sind hoffnungsvolle Vorschläge. Jetzt ist es von größter Wichtigkeit, dass die Tiertransporte dann auch tatsächlich angepackt werden und nicht nur auf dem Papier," so Hazekamp.

Im Vorfeld auf die Abstimmungen über die Tiertransporte organisierte die niederländische Tierschutzpartei einige Aktionen auf dem Vorplatz des EP in Straßburg. Dabei waren Tierschutzparteien aus zehn verschiedenen EU–Ländern anwesend. Aus Deutschland waren unser Bundesvorsitzender Robert Gabel sowie Martin Buschmann angereist.

Direkt am Tag der Abstimmung organisierte die Fraktion der GUE/NGL vor dem Europaparlament eine Aktion „STOP Animal Transport", an der sich Redner diverser Tierschutzparteien und NGOs beteiligten. Für die Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei) hielt Martin Buschmann eine Rede, in der er Europaparlamentarier dazu aufrief, ihre Stimme im EP dazu einzusetzen, den Tieren Leid zu ersparen.

Island will wieder Wale jagen

Der isländische Fischereiminister hatte am 19.02.2019 die Genehmigung für eine Fortführung des Walfangs erteilt. Die WDC verurteilt die Entscheidung aufs Schärfste. Über die kommenden fünf Jahre können die Walfänger über 2.000 Finn- und Zwergwale töten.

Erst kürzlich hat Japan seinen Austritt aus der Internationalen Walfangkommission bekannt gegeben. Künftig werden japanische Walfänger nur noch innerhalb der japanischen 200-Meilen Zone (Japans AWZ) auf Waljagd gegen. Japan ist der Hauptmarkt für isländisches Finnwalfleisch. Angesichts der derzeitigen Unsicherheit über die künftigen Erträge japanischer Walfangoperationen ist es sehr wahrscheinlich, dass Island nun eine Chance auf eine Intensivierung des Walfleischhandels mit Japan sieht.

Islands Walfang findet unter einem umstrittenen „Vorbehalt“ gegen das globale Walfangmoratorium der Internationalen Walfangkommission statt. Seit 2006 haben isländische Walfänger 851 Finnwale getötet. Allein im letzten Sommer starben 145 Finnwale sowie zwei seltene Blau-/Finnwalhybriden sowie mindestens ein Dutzend schwangerer Weibchen zusammen mit ihren ungeborenen Babys.

Dies löste internationale und lokale Proteste aus. Als die Regierung im vergangenen Herbst eine Überprüfung des Walfangs ankündigte, waren die Hoffnungen groß, dass dies ein Ende der isländischen Waljagd bedeuten könnte. Stattdessen wurde im Januar ein vom Fischereiministerium angeforderter Bericht veröffentlicht. Darin stand, dass der Walfang für die isländische Wirtschaft insgesamt von Nutzen sei und den Tourismus nicht beeinträchtige. Der Bericht wurde von isländischen Wissenschaftlern und der Walbeobachtungsindustrie sowie dem Tourismusverband stark kritisiert, da er sich auf alte oder falsche Daten stützte. Sogar der Fischereiminister, der ihn beauftragt hatte, musste zugeben, dass der Bericht fehlerhaft war.

„Mich schockiert vor allem, dass sich ein sehr friedliches Land wie Island nun doch weiterhin für den Walfang begeistern kann“ entrüstet sich MdEP Martin Buschmann. „Island ist zwar kein Mitglied der EU, aber es ist dennoch Aufgabe des politischen Handelns, Island zur Vernunft zu bringen und ein für alle Mal klar zu machen, dass die Weltgemeinschaft die Jagd auf Wale ablehnt.“

Massentierhaltung – der Klimakiller Nummer 1

Nicht nur unsägliche Tierquälerei, nein, auch die größte Quelle für Treibhausgase!

Während Millionen von sogenannten Nutztieren unter unvorstellbaren Haltungsbedingungen leiden und schrecklicher Quälerei ausgesetzt sind, muss auch einmal der Blick auf die Auswirkungen dieser Aus-Nutzungsform von Lebewesen geworfen werden.

Die landwirtschaftliche Bearbeitung des Bodens, Stickstoffdüngemittel und die Tierhaltung sind entscheidende Emissionsquellen für die Treibhausgase Lachgas und Methan. Es stammen 59 Prozent der gesamten Methan- und sogar 80 Prozent der Lachgas-Emissionen aus der Landwirtschaft. Effiziente Minderungsmaßnahmen sind daher dringend erforderlich.

Lachgas (N_2O) ist ein Treibhausgas, das rund 300 mal so klimaschädlich ist wie Kohlendioxid (CO_2). Hauptquellen für Lachgas sind stickstoffhaltige Düngemittel in der Landwirtschaft, die Tierhaltung an sich, Prozesse in der chemischen Industrie sowie Verbrennungsprozesse.

Methan (CH_4) ist als Klimagas rund 25 mal klimaschädlicher als CO_2. Anthropogenes Methan wird zum größten Teil in der Land- und Forstwirtschaft ausgestoßen. Rund 37 Prozent der weltweit emittierten Menge stammen direkt oder indirekt aus der agrarindustriellen Tierhaltung. Methan entsteht in Fermentationsprozessen im Magen von Wiederkäuern. Darüber hinaus wird Methan durch die Abwasser- und Klärschlammbehandlung sowie die Klärschlammverwertung in der Landwirtschaft gebildet und freigesetzt.

Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass die Massentierhaltung erheblich mehr Verantwortung für die nahende Klimakatastrophe zu übernehmen hat als der weltweite Straßenverkehr aller Fahrzeuge zusammengerechnet.

Zudem ist der Umgang mit den Tieren in dieser Industrie und dem Degradieren von Lebewesen auf Produktionseinheiten oder schlichte finanzielle Interessen eines der größten Verbrechen unserer gesamten Menschheitsgeschichte.

Wir stehen konsequent für eine Abschaffung der Massentierhaltung!

Regenwald: Klima- und

Rund 530 Milliarden Tonnen Kohlenstoff – und damit 82 Prozent allen Kohlenstoffs der gesamten Biomasse der Erde – ist in dem verbliebenen Holz der noch vorhandenen Wälder gespeichert.

Mehr Wald würde somit eine noch höhere Speicherung von Kohlenstoff bedeuten und die Erderwärmung verringern – doch statt die bestehenden Waldflächen zu vergrößern, werden vor allem für unseren Konsum von Fleisch, Palmöl und Holz oder Bodenschätze wie Eisen, Aluminium, Gold und Coltan die Wälder unserer Erde vernichtet.

Die globale Waldvernichtung hat mit 30 Millionen Hektar jährlich ihren traurigen Spitzenwert erreicht. Pro Minute etwa eine Fläche von 35 Fußballfeldern!

Besonders betroffen sind dabei die tropischen Regenwälder. Durch die Brandrodung der Flächen geht nicht nur der gespeicherte Kohlenstoff verloren, sondern wird als Kohlendioxid (CO_2) freigesetzt. Rund 13 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen stammen aus der Vernichtung von Wäldern. Durch das Vernichten der Wälder gehen außerdem produktive Böden verloren, der Grundwasserspiegel senkt sich, Wasser wird noch knapper und bedroht 80 Prozent der bereits gefährdeten Säugetier- und Vogelarten.

Die dramatischen Folgen der Waldvernichtung lassen sich im Amazonas-Regenwald beobachten: Der größte CO_2-Speicher – daher auch „die grüne Lunge“ genannt – trocknet aus. Das Ökosystem des Amazonas passt sich nicht schnell genug dem Klimawandel an, mehrere Dürrephasen lassen die feuchtigkeitsliebenden Bäume unter den neuen Extrembedingungen absterben, die Biodiversität nimmt ab, weiterer Lebensraum schwindet. Selbst der Amazonas-Fluss ist aufgrund der Abholzung bereits dabei auszutrocknen.

Artenschützer

Dies verändert in unseren Weltmeeren die Strömungen und sorgt für Chaos sowohl an Land als auch im Wasser. Eine schwerwiegende Ursache für die Regenwaldzerstörung ist übrigens die fehlgeleitete Politik Deutschlands und der EU.

Rund 7,7 Millionen Tonnen Palmöl und Palmkernöl importiert die EU jährlich für Lebens- und Futtermittel sowie Chemieprodukte – rund 60 Prozent davon für Energie.

Noch bis 2030 ist das tropische Pflanzenöl in den EU-Mitgliedsstaaten beispielsweise als Bioenergie zugelassen.

Wir müssen jetzt handeln, um die anhaltende Zerstörung der Regenwälder endlich zu stoppen und diesen unschätzbaren Stabilitätsfaktor für unser Weltklima und die Heimat unzähliger Tierarten zu retten.

Um unserer Umwelt wenigstens etwas zurück geben zu können und einen kleinen Beitrag zur Renaturierung zu leisten, pflanzen wir seit einiger Zeit für jedes Neumitglied über „I plant a tree“ einen Baum.

Jeder einzelne Baum ist Zuhause und Lebensraum für bis zu 100 verschiedenster Insekten- und sonstiger Tierarten. Gerade jetzt, wo uns wieder ein „stiller Frühling“ durch das Artensterben unserer heimischen Vogelarten aufgrund des Insektenschwundes und damit mangelndem Nahrungsangebot bevorsteht, ist jeder Baum ein kostbarer Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt und dem Erhalt von Lebensraum.

Bislang haben wir 534 Bäume gepflanzt.

Während unserer „Klimawoche“ pflanzten wir bis zum Earth-Hour-Day am 30. März 2019 drei Bäumchen für jedes Neumitglied.

„Naturschutz ist kein Luxus.

Jeder trägt Verantwortung!“
Susanne Wittmann

„Die Erde ist in einem miserablen Zustand“, sagte Jane Goodall im Juni 2019 bei einem Interview in München, als sie gefragt wurde, warum sie sich nicht zur Ruhe setze.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ setzt sich konsequent für Naturschutz ein. Obwohl inzwischen auch auf Bundesebene regierende Parteien Umweltthemen in ihr Programm aufgenommen haben, nehmen die Probleme wie Flächenverbrauch, Artensterben und Verschmutzung der Meere nicht ab, sondern sogar zu, da andere Interessen weiterhin vorrangig gesehen werden.

Jane Goodall, der wir grundlegende Erkenntnisse zu Schimpansen zu verdanken haben, da sie ihr Verhalten in deren natürlichem Lebensraum seit den 60er Jahren erforschte, ist inzwischen 85 Jahre alt und reist unermüdlich als Botschafterin für den Artenschutz durch die Welt.

Ein sofortiges Handeln sei nötig, um die derzeitige Entwicklung noch beeinflussen zu können. Die Politik sei gefragt, aber auch jeder Einzelne könne etwas tun, sagt sie im Interview:

„Die Bevölkerung hat durchaus Einfluss auf die Politik und kann durch Demonstrationen und Wahlen Druck aufbauen. Unabhängig davon können Verbraucher mit dem, was sie kaufen, direkt etwas verändern und beispielsweise die Macht großer Firmen eindämmen, die umweltschädlich produzieren: Wenn man die Art und Weise nicht mag, wie eine Firma ihre Produkte herstellt, darf man diese nicht kaufen. Verbraucher haben große Macht.“

Dass die Aussagen von Naturschützern wie Jane Goodall keine „Panikmache“ sind, wie gerne unterstellt wird, zeigt der aktuelle UNO-Weltbericht zur Lage der Natur. Er wurde von 125 Wissenschaftlern über drei Jahre erarbeitet.

Die Ergebnisse bestätigen, dass unsere Politik die Lage immer noch völlig falsch einschätzt, wenn sie Naturschutz als eine Luxusaufgabe betrachtet, die den ökonomischen Interessen entgegengesetzt ist:

„Jedem Erdbewohner – und dem ganzen Planeten – droht durch unser rücksichtloses, rein kurzfristiges Wirtschaften eine Verarmung von epochalem Ausmaß. Wir sind dabei, Reichtum, der über Millionen Jahre entstanden ist, zu vernichten.“

„Wir führen ganze Ökosysteme, von denen unsere Ernährung, unser Schutz vor Naturkatastrophen und unsere Versorgung mit neuen Medikamenten abhängen, blindlings in die Insolvenz. Mehr noch, wir verhalten uns wie Kriminelle, die nicht nur anderen Lebensformen, sondern sogar ihren eigenen Kindern das wegnehmen, was sie zum Leben brauchen.“

Jugend: Umwelt- und Tierschutz auf Platz 1

Eine aktuelle Umfrage stellt der jungen Generation ein gutes Zeugnis aus.

Deutsche Jugendliche finden nicht nur Inklusion wichtig und wollen an einer empathischeren Gesellschaft mitarbeiten – für sie kommt außerdem der Umwelt- und Tierschutz an erster Stelle. 60 Prozent der Befragten engagieren sich derzeit in diesem Bereich. Junge Leute sehen einen klaren Zusammenhang zwischen ökologischen Fragen und den sozialen sowie wirtschaftlichen Problemen unserer Zeit. Ihr Umweltbewusstsein ist global ausgerichtet und hat eine langfristige Perspektive. Es geht ihnen um dauerhafte Nachhaltigkeit, attestiert das Umweltbundesamt auf Basis eigener Untersuchungen.

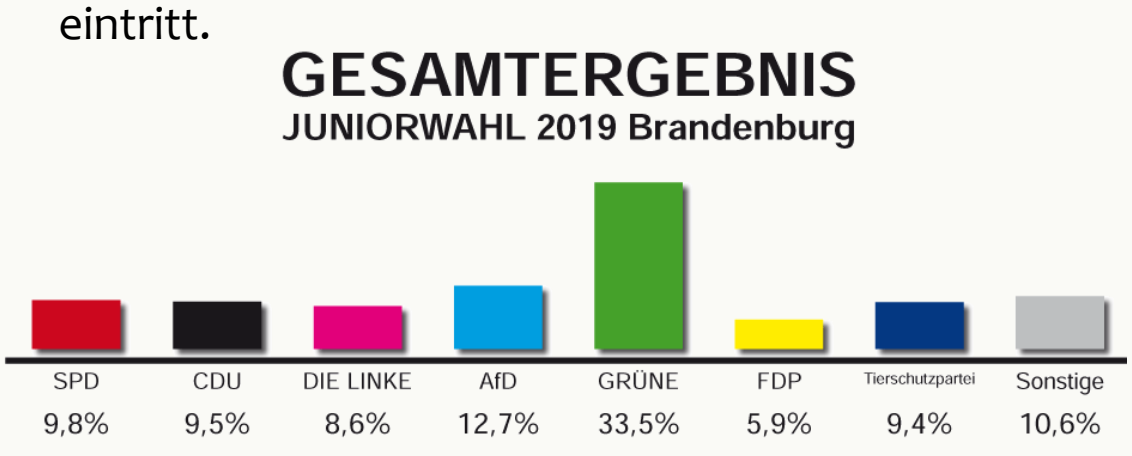
Diese im Vergleich zu älteren Generationen andere Grundhaltung schlägt sich auch im Wahlergebnis nieder. Bei der U18-Europawahl erzielte die Tierschutzpartei bundesweit ein Ergebnis von über 5 Prozent der Stimmen, an vielen Orten ist das Ergebnis zweistellig. Bei der Juniorwahl zur Landtagswahl in Brandenburg stimmten 9,4 % der Jugendlichen für die Partei Mensch Umwelt Tierschutz.

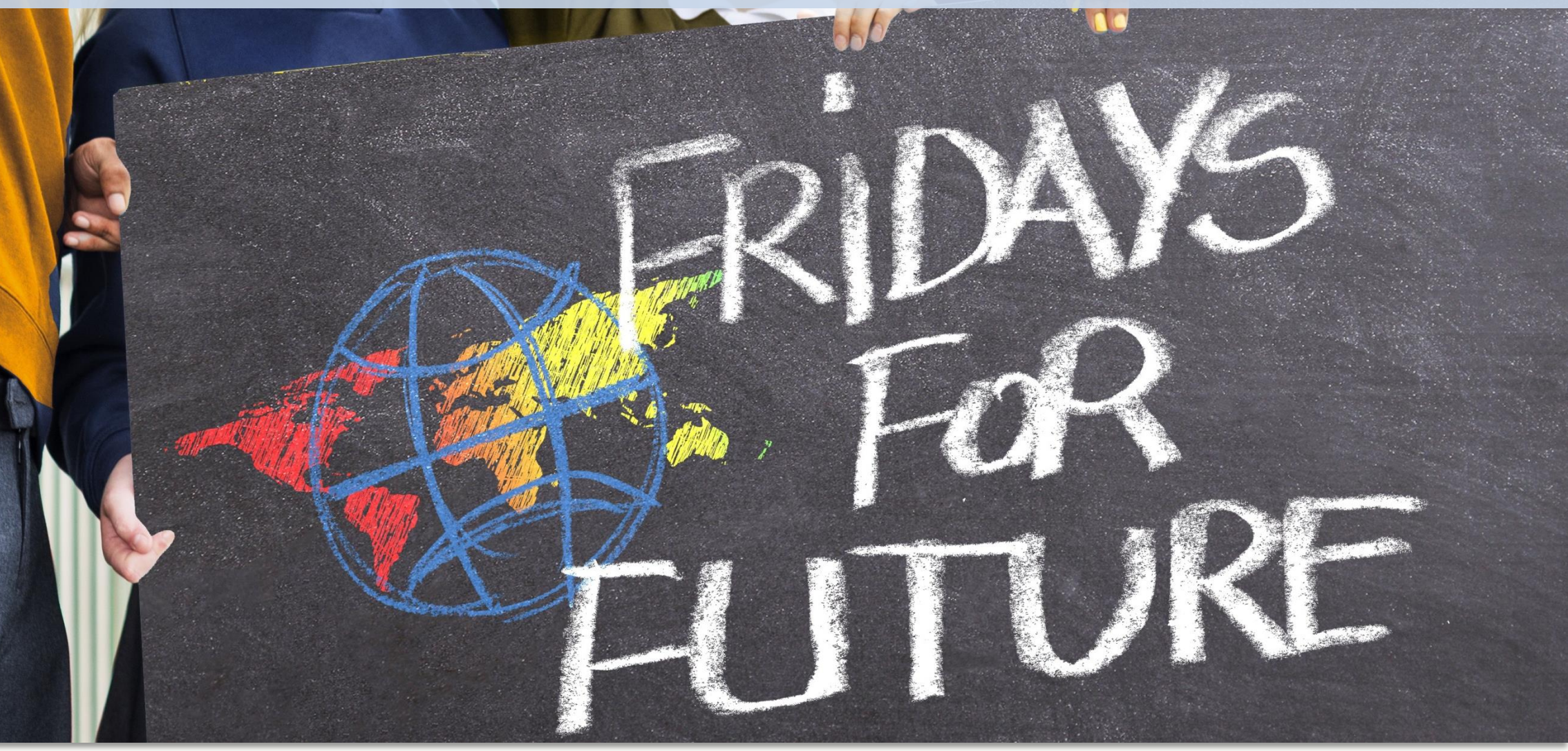
Martin Buschmann weist allerdings auf ein grundlegendes Problem hin: „Bei der Europawahl 2014 machten nur 30 Prozent der 18- bis 25-Jährigen von ihrem Stimmrecht Gebrauch. 2019 stieg der Anteil zwar merklich an, ist aber immer noch deutlich unterrepräsentiert.“

Jugendliche und junge Erwachsene müssen sich darüber im Klaren sein, dass die Stimmabgabe bei Wahlen ein wichtiger Bestandteil ihres persönlichen Einsatzes für die eigene Zukunft ist.

Glücklicherweise zeichnet sich ein Wandel ab. Für die U18-Wahl am 17. Mai 2019 waren 1170 Wahllokale angemeldet (2014 waren es hingegen nur 410) und 119.000 Stimmen abgegeben worden. Damit gab es einen neuen Teilnehmerrekord bei einer U18-Europawahl!

Kinder und Jugendliche sind immer politischer, was sich wohl am deutlichsten in den „Fridays for Future“-Protesten ausdrückt. Es kann also darauf gehofft werden, dass mehr und mehr Erstwähler bei den nächsten Wahlen von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen. Und damit zu einem zukunftsfähigen Europa beitragen, das solidarisch für Demokratie, Ökologie und Frieden eintritt.





Make the world Greta again!

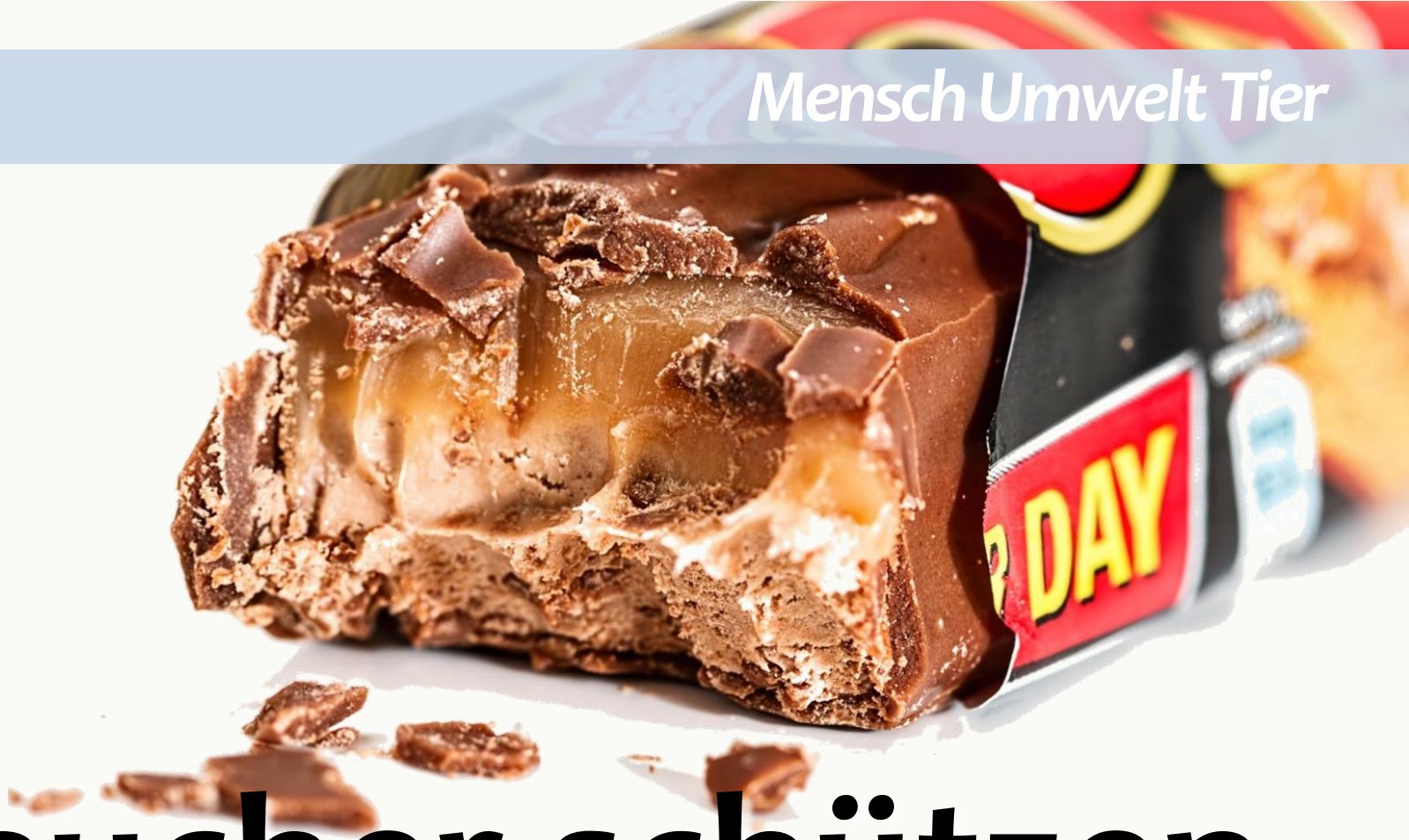
Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz unterstützt die Anliegen der schwedischen Aktivistin Greta Thunberg und aller Demonstrierenden weltweit, die ihrem Beispiel folgen. Die jungen Menschen haben ihre Zukunft noch vor sich und wollen nicht, dass unser Planet zerstört wird für den Profit einiger Weniger, die sogar gegen die Interessen ihrer eigenen Kinder und Enkel agieren.

Der Klimawandel schreitet immer weiter voran und jedes Jahr werden neue Temperaturrekorde verzeichnet. Sobald gewisse Kipp-Punkte erreicht sind (bspw. das Herauslösen des Methans im Permafrostboden oder das Abbrechen riesiger Eisblöcke), steigt die globale Temperatur ruckartig. Die Folgen für die Natur werden gravierend sein. Wir befinden uns derzeit im schrecklichsten Artensterben der Erdgeschichte, da noch nie in so kurzer Zeit so viele Pflanzen- und Tierarten verschwanden. Der Klimawandel kann diesen Prozess nochmals drastisch beschleunigen und ungeahnte Folgen haben. Aber auch für die Menschen ist er gefährlich, da zunehmende Wetterextreme und der ansteigende Meeresspiegel gigantische Kosten verursachen können.

Unsere Sympathien gelten dem Mut und der Ausdauer der jungen Generation, die erkannt hat, dass Politik, Gesellschaft und Wirtschaft handeln müssen. Wir stehen hinter all den Aktivisten jeden Alters, die eine neue Energie- und Umweltschutzpolitik anstreben. Das Camp beim Hambacher Forst erfährt von uns seit geraumer Zeit pragmatische Hilfe. Und genau so möchten wir die Schulstreikenden ermutigen, weiter zu machen!

Lasst euch nicht unterkriegen, lasst euch die unverschämten und feigen Provokationen und Beleidigungen der Nationalisten, Rechtspopulisten, Neoliberalen und Konservativen nichts anhaben! Es geht um *eure* und *unser aller* Zukunft.

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz ruft dazu auf, das Wissen um die Folgen der derzeitigen Politik zulasten von Umwelt, Menschen und Tieren weiter zu verbreiten. Konfrontiert die Menschen damit, geht in die Gespräche und zeigt auf, was sich ändern muss und wie wir es ändern können! Alle gemeinsam im Verbund mit vielen weiteren Initiativen, Einzelpersonen, Vereinen und Verbänden werden wir es mittelfristig schaffen. Weil es nur so geht.



Verbraucher schützen statt Konzerne

Ungesunde Lebensmittel tragen nicht nur in Industriestaaten zu Fettleibigkeit und Krankheiten bei, sondern längst auch in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Dazu ein paar Zahlen: Laut Weltgesundheits-organisation hat sich in 73 Ländern der Erde der Anteil der Fettleibigen seit 1980 mindestens verdoppelt, dreizehn Prozent aller Erwachsenen weltweit sind adipös. Damit gehen zahlreiche Gesundheitsfolgen einher.

Allein die Zahl der Menschen mit Typ-2-Diabetes hat sich seit 1980 mehr als vervierfacht, sie liegt bei 422 Millionen Erkrankten. Die Kosten für die Gesundheitssysteme gehen ins Milliardenfache.

Mitverantwortlich daran sind laut Foodwatch internationale Lebensmittelkonzerne, die ihre Produkte unter dem Argument der Mangelernährung mit künstlichen Vitaminen und Mineralstoffen anreichern und auf die heimischen Märkte drücken.

Zur Reihe der Angeklagten gehören auch europäische Firmen: der niederländische Konzern Unilever, das schweizerische Nestlé und das französische Danone zählen zu den zehn größten Lebensmittelkonzernen der Welt.

Vorgeben kann die EU ihren Konzernen in Bezug auf ausländische Märkte allerdings nichts. Und ein Blick nach Europa zeigt: selbst hierzulande fehlen verbindliche Vorgaben gegen ungesunde Lebensmittel. Zwar gilt in der EU seit 2016 die Pflicht, einheitliche Nährwerttabellen auf Produkten anzubringen.

Aber die Lobby der Lebensmittelkonzerne ist viel zu stark. 2010 verhinderte sie in einer beispiellosen Lobbykampagne, die geschätzt eine Milliarde Euro kostete, erfolgreich die geplante Einführung der Lebensmittelampel, die letztendlich im Gesundheitsausschuss des Europaparlaments abgelehnt wurde. Seitdem haben nur Großbritannien, Frankreich und Belgien freiwillig ein solches Ampelsystem eingeführt.

„Es ist an der Zeit, dass sich das EU-Parlament den Verbrauchern verbunden fühlt und nicht den Konzernen!“ fordert der EU-Parlamentarier Martin Buschmann. „Dem Lobbyismus in Brüssel und Strasbourg muss Einhalt geboten werden.“ Ein erster Schritt wäre ein Appell von Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis.

Die EU sollte klar konstatieren, dass die eigenen Konzerne weltweit maßgeblich Fehlernährung und Krankheiten wie Adipositas beitragen und entsprechend Maßnahmen im eigenen Rechtsraum erlassen. Bis dahin bleiben Fetten und Zucker keinerlei Grenzen gesetzt.

„Der Internationale Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten (Red Hand Day) ist ein jährlich am 12. Februar begangener internationaler Gedenktag, mit dem an das Schicksal von Kindern erinnert werden soll, die zum Kampfeinsatz in Kriegen und bewaffneten Konflikten gezwungen werden. Ziel des Tages ist der Aufruf zu einem verstärkten Einsatz im Kampf gegen diese besonders schwerwiegende Form des Kindesmissbrauchs. Aktuelle Beispiele finden sich im Kongo und in Ruanda.

Anlass für diesen Tag war das Inkrafttreten des Fakultativprotokolls über die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten zur UN-Kinderrechtskonvention am 12. Februar 2002. Dieses Zusatzprotokoll wurde von der UNO-Generalversammlung im Mai 2000 beschlossen und von 92 Staaten unterzeichnet.

Eine Reihe von nationalen und internationalen Organisationen setzt sich aktiv gegen die Rekrutierung von Kindern als Soldaten ein. Hierzu zählen beispielsweise das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), Amnesty International, terre des hommes oder die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung. Die Bemühungen dieser Organisationen stehen unter dem Kürzel DDR: Disarmament – Entwaffnung der Kinder, Demobilization – Entlassung aus dem Militärdienst sowie Reintegration – Wiedereingliederung in die Gesellschaft.“ (Quelle: Wikipedia)

Aufgrund ihrer Unerfahrenheit, ihres noch fehlenden Verständnisses von Richtig und Falsch, ihrer leichten Beeinflussbarkeit und der fehlenden ausgereiften Unterscheidungsmöglichkeit zwischen Spiel und Realität sind Kinder ein leichtes Opfer um instrumentalisiert werden zu können und die Gründe hierfür sind daher sehr vielfältig.

Für Menschen, die sich Kinder zu Soldaten heranziehen, spielen unter anderem auch die Verpflegungskosten eine wichtige Rolle, da der Einsatz von Kindersoldaten nur einen Bruchteil der Kosten verursacht, die normalerweise für die Verpflichtung von erwachsenen Personen durch Soldzahlungen, Verpflegung, Versorgung und anderen Ausgaben entstehen.

Weltweit wird die Anzahl der Kindersoldaten auf 300.000 geschätzt (Stand 2006).

Wir unterstützen den Kampf für eine Beendigung einer Rekrutierung von Kindersoldaten und sprechen uns für ein klares Verbot aus!

Fusion von Siemens Mobility und Alstom von EU-Kommission abgelehnt

Klima- und Umweltschutz vs. „Höher-Schneller-Weiter“

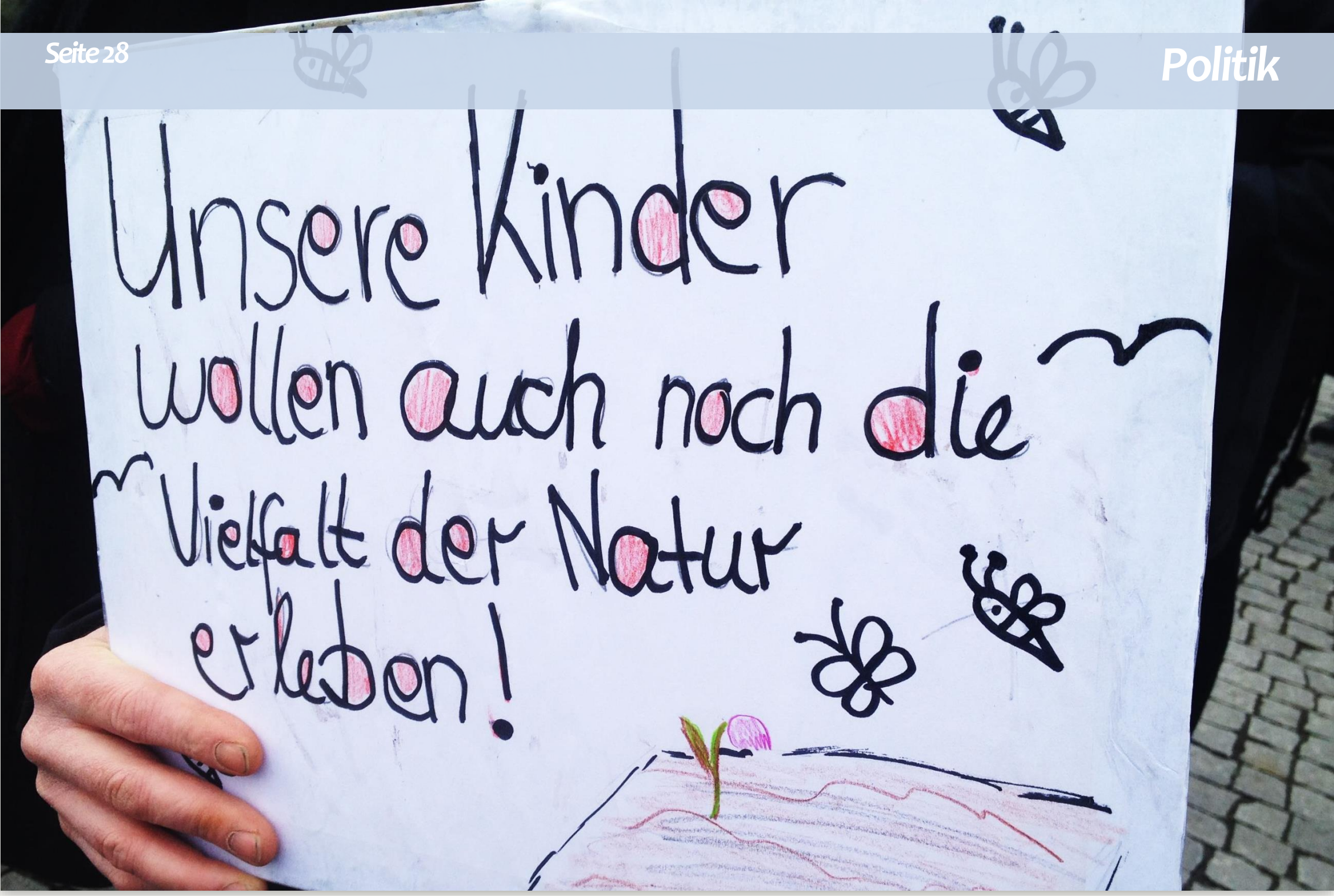
von Katja Laaser

Höher, schneller, weiter, größer – ein bekanntes Motto nicht nur im europäischen Wirtschaftsraum. Aktuelles Beispiel hierfür ist die von Peter Altmaier und seinem französischen Amtskollegen, Wirtschaftsminister Bruno Le Maire, geforderte Reform des EU-Kartellrechts. Hintergrund: Die Branchenriesen Siemens und Alstom sollen fusionieren dürfen, um der chinesischen Konkurrenz Paroli bieten zu können. Unterstützung bekam Altmaier Anfang dieser Woche wenig überraschend von Jürgen Kerner, Hauptkassierer der IG Metall und Aufsichtsratsmitglied von Siemens. Die EU-Kommission hatte letzte Woche ein Veto gegen die Fusion ausgesprochen.

Die Gegenbewegung fordert schon länger eine echte Abwehr vom exponentiellen Wachstum, von Kämpfen um Märkte, vom gegenseitigen Übertrumpfen um – im wahrsten Sinne – jeden Preis. „Gerade in Zeiten steigender CO2-Emmissionen ist eine Lockerung des Kartellrechts zugunsten des Wachstums großer Konzerne grundfalsch“, so Robert Gabel, Bundesvorsitzender und Wirtschaftsexperte der Partei Mensch Umwelt Tierschutz. Stattdessen muss laut Gabel der Umwelt- und Klimaschutz endlich über Instrumente wie Regionalisierung von Märkten, Dezentralisierung, Selbstversorgung etc. als feste Größe bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen Berücksichtigung finden.

„Diese deutsch-französische Fusion hätte zwar im Bereich des Schienenverkehrs stattgefunden, aber sie folgte keiner CO2-Reduzierungsstrategie. Wenn sich Marktmacht konzentriert, geht es fast immer zulasten sozialer und ökologischer Ziele, da marktbeherrschende Positionen für Entlassungen und höhere Preise verwendet werden“, kritisiert Gabel die gescheiterte Zusammenführung von Siemens Mobility und Alstom. Er sieht das Argument der wachsenden chinesischen Konkurrenz als Gefahr für das bestehende Kartellrecht, das damit immer weiter in die falsche Richtung ausgebaut werden könnte.

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz hat der Postwachstumsökonomie bisher als einzige Partei ein ganzes Kapitel in ihrem EU-Wahlprogramm gewidmet – die künftigen EU-Abgeordneten dieser Partei werden in der nächsten Legislaturperiode dementsprechend ein Gegengewicht zum profitorientierten „Höher-Schneller-Weiter“ bilden und die Beachtung sozialer und ökologischer Belange bei wettbewerbsrechtlichen Regelungen mit Nachdruck einfordern.



Tierschutzpartei erklärt als erste Partei Europas den Klimanotstand

Die Tierschutzpartei unterstützt die „Fridays for Future“-Bewegung und hat daher als erste Partei in der EU (wie die Stadt Konstanz) den Klimanotstand erklärt.

Alle Mitglieder, Wähler*innen und Bürger*innen werden gebeten, tierische Lebensmittel zunehmend durch pflanzliche zu ersetzen und den Verbrauch fossiler Brennstoffe, wo immer möglich, zu unterlassen sowie für die Pflanzung und den Erhalt von Bäumen zu spenden.

Als eigenen konkreten Beitrag zur Verminderung des CO_2-Gehalts der Atmosphäre pflanzt die Partei für jedes neue Mitglied einen Baum.

Jede*r kann auf vielfältige Art zum Klimaschutz beitragen. Packen wir’s gemeinsam an!

Weitere Maßnahmen, wie jeder Einzelne zum Klimaschutz beitragen kann, sind:

1. nur Recycling-Papier kaufen
2. Ökostrom beziehen
3. nur Bio-Lebensmittel kaufen
4. nur regionales und saisonales Obst und Gemüse kaufen
5. bei Kleidung auf Siegel wie GOTS achten
6. möglichst wenig Plastik-Verpackungen kaufen/benutzen
7. wenn doch, diesen dann korrekt recyclen
8. möglichst wenig neue Produkte konsumieren
9. wenn doch, dann möglichst energieeffiziente und langlebige oder gebrauchte Produkte
10. Dinge möglichst reparieren statt sie neu zu kaufen
11. wenn man doch Autofahren muss, kein E10 tanken
12. Palmöl meiden, da es zur Zerstörung des Regenwaldes beiträgt

Klimaleugnern Paroli bieten

Unsere Erde erwärmt sich immer schneller, was unabsehbare Folgen für unsere Zukunft hat. Schuld daran sind die vom Menschen erzeugten Treibhausgase. Ende des 19. Jahrhunderts wurden erste Vermutungen aufgestellt, die sich dann in den 60-er Jahren des letzten Jahrhunderts bestätigten. Spätestens in den 90-er Jahren bildete sich unter Forschern ein Konsens heraus. Die Auswirkungen des immer rascher verlaufenden Klimawandels bekommen wir nun im 20. Jahrhundert unmittelbar zu spüren: extreme Wetterereignisse und ein steigender Meeresspiegel. Dennoch gibt es eine erschreckend große Anzahl von Personen, die den Klimawandel leugnen. Die Entstehung dieser Bewegung lässt sich auf die Finanzierung der Anti-Umweltbewegung durch konservative Kreise in den USA zurückführen, die vor etwa 50 Jahren ihren Anfang nahm. Klimaleugner operieren auf verschiedenen Ebenen – die einen streiten den Trend an sich ab, andere stellen die Ursachen in Frage und wieder andere leugnen die Folgen. Sie selbst bezeichnen sich gerne als „Skeptiker“, folgen aber einer Pseudowissenschaft und verweigern sich rationalen Argumenten.

Klimaleugner bekämpfen den Klimaschutz aus politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Motiven. Hinter ihnen steht eine sehr stark koordinierte und gut finanzierte Lobby, verstärkt durch konservative Think Tanks, PR-Unternehmen, Institute, Stiftungen usw.

Das Netzwerk ist eine „denial machine“ (Leugnungsmaschine), die sich an den Methoden orientiert, wie sie zuvor beispielsweise die Tabakindustrie gebrauchte. Sie verbreiten durch ihre Desinformations-kampagnen Angst, verunsichern und wecken Zweifel („Fear, Uncertainty and Doubt“-Strategy), um anschließend konkrete Klimaschutzaktivitäten zu unterbinden. Am bekanntesten ist wohl das US-amerikanische „Heartland Institute“. Einer der größten Financiers der Klimaleugner ist Exxon Mobile.

In Europa sind es vor allem rechtspopulistische Parteien, die den menschengemachten Klimawandel in Frage stellen. Sieben der 21 stärksten rechtspopulistischen Parteien bestreiten, dass es überhaupt ein Problem gibt. Weitere elf haben keine explizite Klimapolitik. Lediglich drei rechtspopulistische Parteien sehen den Klimawandel als Gefahr. Gerade die deutsche AfD zählt zu den extremsten Klimawandelleugnern. Immerhin: In einer kürzlich durchgeführten Umfrage der ARD waren 86 % der Teilnehmer der Meinung, dass das Klima sich aufgrund des Einflusses des Menschen stark wandelt. Nur 11 % leugneten dies.

„Klimapolitik in Brüssel war schon immer schwierig, zu stark ist die Macht der Konzerne“, bemerkt Martin Buschmann. „Je stärker die rechten Kräfte im Europaparlament werden, desto größer der Widerstand gegen den Klimaschutz. Wir werden es schwer haben, das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen. Jetzt zählt jede Stimme, um den Klimaleugnern Paroli zu bieten. Es steht viel auf dem Spiel.“ Laut den letzten Prognosen könnten im neuen Europaparlament bis zu 25 % Rechtspopulisten sitzen.

Das Schmelzen des ewigen Eises

Es gibt 25.000 Eisbären – noch…

… denn sie sind vom Aussterben bedroht!

Nord- und Südpol leiden unter dem Klimawandel: Das „Ewige Eis“ schmilzt. In der Antarktis schrumpft es derzeit sechs mal so schnell wie in den 1980er-Jahren. Auch in der Arktis wird es immer wärmer. Die Eisschmelze hat dramatische Ausmaße angenommen.

„Die Arktis erwärmt sich noch viel schneller als der Rest der Welt. Sie ist sozusagen das Epizentrum der globalen Erwärmung, mit Erwärmungsraten, die mindestens beim Doppelten des globalen Erwärmungswerts liegen“, so Markus Rex vom Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung.

Seit 2009 hat die Antarktis jährlich fast 252 Milliarden Tonnen Eis verloren. Zwischen 1979 und 1990 waren es noch 40 Milliarden Tonnen pro Jahr gewesen. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie, die am 14. Januar 2019 in der Fachzeitschrift „Proceedings of the National Academy of Sciences“ (PNAS) veröffentlicht wurde.

Bereits gegenwärtig trägt die Antarktis zu einem höheren Anstieg des Meeresspiegels bei als je zuvor in den letzten 25 Jahren. Stellt sich die Frage: Was wäre eigentlich, wenn das ganze Eis in der Antarktis verschwindet? Laut dem Wissenschaftler Andrew Shepherd hätte das einen Anstieg des globalen Meeresspiegels um 58 Meter zur Folge. Sollte es zu einem solch dramatischen Anstieg kommen, werden viele Inseln buchstäblich im Meer versinken und Milliarden Menschen werden heimatlos.

Die am Nordpol sommerlich erscheinenden Werte bei gleichzeitig sibirischer Kälte in Mitteleuropa sind laut dem Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI) Wettermuster, die mit dem Klimawandel verknüpft sind. Warme Luft bremst das Gefrieren von Wasser im Nordpolarmeer. Bildet sich weniger Eis, bleibt die Eisdecke im Winter kleiner als in anderen Jahren und der Ozean erwärmt sich schneller.

Eisbären sind Einzelgänger und brauchen das zusammenhängende Eis, um auf Partnersuche gehen zu können. Zudem ist die Eisdecke essentiell (lebens)wichtig, um an geeignete Jagdreviere zu gelangen. Bei den Temperaturen in der Arktis benötigen die Tiere energie- und fettreiche Nahrung, um den Bedingungen trotzen und überleben zu können. Daher müssen die Sammelstellen der Kegelrobben erreicht werden, da diese die Hauptnahrung der Eisbären darstellen. Mittlerweile sind aber weitreichende Teile der Arktis unterbrochen, was für die weißen Bären in zunehmenden Fällen der Hungertod, eine aussichtslose Partnersuche und somit fehlende Fortpflanzung bedeutet.

Wenn die Insekten sterben

Sobald der Sommer zurückgekehrt ist, empfehlen wir Ihnen einen gemütlichen Sonntagsspaziergang durch Wald und Flur. Wenn Sie dabei ein paar Schmetterlinge flattern sehen, genießen Sie den friedlichen Anblick! Nachfolgenden Generationen könnte das nicht mehr vergönnt sein.

In Deutschland sind bereits 41 Prozent der Schmetterlinge ausgestorben oder bestandsgefährdet. Auch ein Viertel der Grillen- und Heuschreckenarten sind vom Aussterben bedroht. Seit 1990 hat die Biomasse der Insekten in deutschen Naturschutzgebieten um unfassbare 76 Prozent abgenommen (Untersuchungsergebnis von 2017). An manchen Orten sind sogar nur noch 20 Prozent übrig. Jedes Jahr nimmt die Gesamtmasse der Insekten weltweit um 2,5 Prozent ab – geht es so weiter, gibt es in 100 Jahren keine Insekten mehr.

Das dramatische Massensterben wird verursacht durch den Verlust von Lebensraum. In der industriellen Landwirtschaft ist kein Platz für Natur und Insekten. Der ungezügelte Einsatz von Dünger und Pestiziden vernichtet nicht nur Schädlinge sondern trifft genauso hart Schmetterlinge, Wildbienen und andere Begleitfauna der Landwirtschaft.

Wenn aber die Insekten fehlen, dann gehen auch die Bestände von Vögeln zurück. Fledermäuse sind ebenfalls direkt betroffen. Ein Dominoeffekt setzt ein, beispielsweise werden Pflanzen nicht mehr ausreichen bestäubt. Das gesamte Ökosystem gerät ins Wanken.

„Unsere Bundesregierung ist sich der Tragweite dieser Katastrophe offensichtlich nicht bewusst," ärgert sich Martin Buschmann. „Wir brauchen schnellstens ein flächendeckendes Insektenmonitoring, um Daten zu erheben und gezielte Gegenmaßnahmen einleiten zu können."

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz fordert eine drastische Einschränkung des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft.

Dazu muss sowohl in Berlin als auch in Brüssel ein konkreter Zeitplan mit verbindlichen Zielen verabschiedet werden. Nur so können wir unsere Umwelt vor dem Kollaps bewahren.

Der parlamentarische Kampf für Tierrechte, Umweltschutz & Gerechtigkeit hat begonnen!

PARTEI ergreifen!
MENSCH
UMWELT
TIERSCHUTZ
im Europaparlament